

◀ zurück

Energiepolitik

Alle Macht den Kommunen

VON JOACHIM WILLE



Windräder
(Foto: ap)



Hessen vorn! Der Slogan gilt nicht mehr - zumindest im Bereich Energie. Bundesweit kommen bereits 15 Prozent des Stroms aus Wind, Wasser, Sonne und Biomasse. Das Flächenland Hessen ist hier mit rund fünf Prozent ein Nachzügler. Nun will es aufholen. Eine Mega-Anhörung im Landtag soll diese Woche zeigen, wie das funktionieren kann. Klar ist: Die Potenziale sind da. Doch Streit - etwa zum Windkraft-Ausbau und die Rolle der bislang dominierenden Stromkonzerne - ist programmiert.

Besonders die Städte und Gemeinden sehen ihre Chance bei einer Neuorientierung der Energiepolitik. Denn sowohl die amtierende CDU-Regierung von Roland Koch wie die Protagonisten eines rot-grün-roten Bündnisses haben Klima- und Energiepolitik als Schwerpunkt gesetzt. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), in dem bundesweit rund 750 Stadtwerke organisiert sind, nennt in seiner Stellungnahme besonders drei Felder. Erstens: die dezentrale Stromproduktion in effizienter Kraft-Wärme-Kopplung und aus erneuerbaren Energien. Zweitens kommunaler Betrieb der Energienetze, drittens Energieeinsparung als Geschäftsfeld in Zusammenarbeit mit dem Handwerk.

Der Verband sieht die Stadtwerke so als "Alternative zu der Marktmacht der Stromkonzerne". Bislang produzieren diese kommunalen Unternehmen rund 14 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms. Über 80 Prozent hingegen kommen von den vier großen Energieversorgern Eon, RWE, EnBW und Vattenfall.

Der VKU befürwortet in diesem Zusammenhang eine "Rekommunalisierung" der Energieversorgung. Der Trend, dass Städte und Gemeinden die Strom- und Gasnetze von den Konzernen zurückkaufen, sei "fortzuführen". Als Vorteile nennt der Verband: Stärkung lokaler Kaufkraft, Erhalt örtlicher Arbeitsplätze, Entlastung der kommunalen Haushalte, da mehr Gewinn- und Gewerbesteuer fließt.

Der Hessische Städte- und Gemeindebund dagegen warnt in seiner Stellungnahme vor allzu großer Euphorie: Den meisten Kommunen sei nicht bewusst, dass sie für einen Netz- Rückkauf "über erhebliche Geldmittel verfügen müssen" und kleinere Kommunen ein Energienetz nicht alleine betreiben könnten. Sie sollten die Möglichkeit erhalten, hierfür "Zweckverbände" zu gründen.

Die Erneuerbare-Energien-Branche weist darauf hin, dass in Hessen mindestens genauso gute Verhältnisse zur Nutzung von Windkraft und Biomasse vorhanden sind wie in den meisten anderen Bundesländern. Das von der Koch-Regierung angestrebte Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamt-Energieverbrauch - also inklusive Heizung und Industrie - von fünf auf 15 Prozent hochzuschrauben, sei durchaus zu schaffen, attestierte die Landesarbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energien Hessen (Leeh). Die Leeh, in der sich führende Firmen zusammengeschlossen haben, hält aber die Koch-Strategie für falsch, dies in erster Linie über Biomasse-Nutzung zu erreichen. Es sei wegen der steigenden Agrarpreise und des Konflikts "Tank oder Teller" nicht realistisch.

Der Verband fordert deswegen, besonders die Windkraft stärker zu fördern. Diese Energieform ist in Hessen stark unterentwickelt. Der Bundesverband Windenergie (BWE) zeigt auf, dass das Land zusammen mit Bayern, Baden-Württemberg und dem Saarland hier das Schlusslicht bildet. Die Windkraft-Nutzung im "geografisch ähnlichen" Sachsen-Anhalt liegt danach sechsmal höher. Die CDU-Regierung in Wiesbaden lehnt einen Windenergie-Ausbau ab, um eine "Verspargelung" der Landschaft zu verhindern. Der BWE will dieses Argument entkräften: Es brauche bis 2020 nur Windrotoren auf einem Prozent der Landesfläche, um neun Milliarden Kilowattstunden pro Jahr zu produzieren - so viel wie ein Atomkraftwerk.

Ob trotz eines Ausbaus der Erneuerbaren die Atommeiler länger laufen sollen und neue Kohle-Kraftwerke gebaut werden müssen, ist in den der FR vorliegenden Stellungnahmen umstritten. Der Stromkonzern Eon, der bei Hanau einen neuen Kohlemeiler bauen will, schreibt: "Versorgungssicherheit in Hessen nur mit Steinkohle" möglich. Die Hessischen Industrie- und Handelskammern fordern, den AKW-Ausstieg zu kippen und Investitionssicherheit für neue Kraftwerke zu sichern. Sonst drohe ein "Versorgungseingpass".

[document info]

Copyright © FR-online.de 2008

Dokument erstellt am 01.09.2008 um 17:08:04 Uhr

Letzte Änderung am 02.09.2008 um 12:16:06 Uhr

Erscheinungsdatum 01.09.2008 um 17:08:04 Uhr

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=1587553&em_loc=31